

# Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming

---



Vorlagennummer: 4-1104/11-KT

Der Kreistag des Landkreises Teltow-Fläming beschloss auf seiner Sitzung am Montag, dem 12.12.2011 im nichtöffentlichen Teil:

Der nachfolgend geänderte Bericht der Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Abgeordneten des Kreistages Teltow-Fläming auf eine hauptamtliche und informelle Tätigkeit für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen der DDR – gemäß Beschluss des Kreistages 4-0485/10-KT vom 15. Februar 2010 – wird der Öffentlichkeit bekannt gegeben:

„Überprüft wurden 54 Abgeordnete sowie der Landrat. Drei Abgeordnete wurden nicht überprüft, da sie aufgrund ihres Geburtsjahrgangs nicht für eine MfS-Tätigkeit in Frage kommen. Ein Abgeordneter hatte vor Abschluss der Überprüfung durch die Arbeitsgruppe sein Abgeordnetenmandat im Kreistag niedergelegt. Das Überprüfungsverfahren wurde daraufhin abgebrochen. Der durch den Kreiswahlleiter bestimmte Nachrücker wurde überprüft.

Von den überprüften 54 Abgeordneten haben 50 weder offiziell noch inoffiziell mit dem MfS zusammengearbeitet. Sie erhielten durch die Arbeitsgruppe eine entsprechende Mitteilung.

Bei 4 Abgeordneten liegen Hinweise auf eine Mitarbeit vor. Die dazu von der BStU gelieferten und von der Arbeitsgruppe ausgewerteten Unterlagen hatten einen Umfang von insgesamt 153 Seiten – das ist etwa ein Zehntel der vorhandenen Unterlagen und wurde der Arbeitsgruppe als „repräsentativer Ausschnitt“ zur Verfügung gestellt.

Daraus geht hervor:

## Erstens:

Dr. Manfred Georgi (Fraktion FDP/BV) hatte als stellvertretender Kreistierarzt in der Tierseuchenbekämpfung beruflich bedingte Kontakte zum MfS. Spitzelberichte, die von ihm erwartet wurden, hat er ausdrücklich abgelehnt. Trotz seiner Einstufung als GMS (Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit) kann bei ihm im Grunde nicht von einer Tätigkeit fürs MfS gesprochen werden. Eine Verpflichtungserklärung liegt nicht vor; die Dr. Georgi abverlangte Blanksignatur sollte – so hat er glaubhaft gemacht – lediglich einer Erklärung zum Stillschweigen dienen.

## Zweitens:

Hans-Jürgen Akuloff (Fraktion Die Linke) war im Rahmen seiner hauptamtlichen Tätigkeit bei der Bezirksleitung der FDJ von 1978 bis 1980 als GMS für das MfS tätig; eine Erklärung zur Berufung in diese Aufgabe hat er unterschrieben. Im Zusammenhang mit Großveranstaltungen und Auslandsreisen hat er dabei auch Einfluss auf kaderpolitische Entscheidungen genommen. Die Unterlagen der BStU umfassen 265 Seiten; 24 der 36 Treffberichte seines Führungsoffiziers enthalten von Herrn Akuloff gelieferte Informationen. Den Fragen der Arbeitsgruppe hat er sich bereitwillig gestellt.

Drittens:

Zu Bernd Heimberger (Fraktion „Vereinte Fraktion“) liegen verfilmte Karteikarten der sogenannten Rosenholzdatei der HVA vor, aus denen hervorgeht, dass er zwischen 1982 und 1988 als IM geführt wurde. Da die entsprechende Akte bisher nicht gefunden wurde, kann nicht gesagt werden, ob – und wenn ja, in welchem Umfang – er für das MfS tätig war. Herr Heimberger, der seiner Fraktion versicherte, er habe nicht für das MfS gearbeitet, ließ sich durch einen Anwalt vertreten, der aber ohne Angabe von Gründen der Anhörung fernblieb.

Viertens:

Dr. Rudolf Haase hat von 1966 bis 1987 für das MfS gearbeitet. Eine persönliche Verpflichtungserklärung liegt vor. Außerdem gibt es einen IM-Vorlauf von 1964 bis 1966. Die Unterlagen der BStU im Umfang von 772 Seiten zeigen, dass Dr. Haase in dieser Zeit 95 handschriftliche Berichte geliefert hat. Darüber hinaus sind 45 Berichte auf Tonband bzw. durch seinen Führungsoffizier dokumentiert. Abgesehen von einer kurzen Phase der Vorbereitung auf einen Spionage-Einsatz in der Bundesrepublik (1968 bis 1970) hat er vor allem Personeneinschätzungen sowie Stimmungsberichte aus seinem Arbeitsumfeld geliefert. Dr. Haase hat vor der Arbeitsgruppe ausführlich – schriftlich und mündlich – Stellung genommen. Er bezeichnet seine IM-Tätigkeit als Zeit des Versagens und des Vertrauensbruchs und stellt fest: „...dass jede Seite, die ich geschrieben habe, eine zu viel war.“ (aus einem Brief an den Vorsitzenden der Arbeitsgruppe). Dr. Haase hat gegenüber der Arbeitsgruppe erklärt, dass er seit Anfang 1990 mit seiner IM-Tätigkeit offen umgeht. 1993 hat er nach der Überprüfung auf eine Tätigkeit für das MfS als Abgeordneter der Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde sein Mandat niedergelegt. Zu diesem Sachverhalt wurde der Arbeitsgruppe vom Vorsitzenden, Herrn Furian, ein Dokument übergeben, darin bezeichnet Dr. Haase in der Beratung der Stadtverordnetenversammlung Luckenwalde vom 25. März 1993 den damals vorliegenden Bericht der Stasi-Unterlagen-Behörde als „wahrheitswidrig“. Die Luckenwalder Rundschau berichtete zwei Tage später darüber. Diese Dokumente konnten mit Dr. Haase nicht erörtert werden, da sie der Arbeitsgruppe erst nach seiner Anhörung zur Kenntnis gelangten.

Die jeweiligen Fraktionen, die mit Beschluss des Kreistages aufgefordert waren, Stellung zu nehmen zu ihrem durch die Aktenlage der BStU belasteten Abgeordneten, halten in keinem Fall eine Mandatsniederlegung für erforderlich.

Damit hat die Arbeitsgruppe ihren Auftrag erfüllt und legt nun die Entscheidung über die Information der Öffentlichkeit in die Hand des Kreistages.

Alle an die Mitglieder der Arbeitsgruppe übergebenen BStU-Unterlagen sind von diesen zurückgegeben worden; Kopien wurden nicht zurückbehalten.“

Luckenwalde, 13. Dezember 2011

Christoph Schulze  
Vorsitzender des Kreistages